

Nachrüsten? Europäische Sozialdemokratie und Friedensfrage in den 1980er Jahren

Jan Hansen

Die Frage nach Krieg und Frieden hat die europäischen Sozialdemokraten während des gesamten 20. Jahrhunderts beschäftigt. Gegen die „Imperialisten“ und „Militaristen“ zu kämpfen gehörte zu den Erkennungszeichen der Arbeiterbewegungen, seitdem sie sich zur Mitte des 19. Jahrhunderts formiert hatten, und die Ablehnung von Krieg trieb sie auch um, nachdem Westeuropa 1945 in die Phase des „langen Friedens“ eingetreten war.¹ Trotzdem ist es erklärungsbedürftig, wenn über die Sozialdemokratie und die Friedensfrage in den 1980er Jahren gesprochen wird, wo doch eigentlich der Basler Friedenskongress von 1912 untersucht werden sollte. Warum also hier dieses Thema? Meine Antwort lautet: Weil die Frage von Krieg und Frieden in den achtziger Jahren so intensiv diskutiert wurde wie lange nicht mehr. Die achtziger Jahre waren zwar das letzte Jahrzehnt des Kalten Krieges, doch als es begann, war ein nahes Ende der Blockkonfrontation nicht zu erwarten. Nach einer Phase der internationalen Entspannung zwischen Ost und West traten die Supermächte am Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren in eine erneute Konfrontation ein.² Diese Zeit, die von den Historikern als „Zweiter Kalter Krieg“ oder als „Krise der Entspannungspolitik“ bezeichnet wird, minimierte die Hoffnungen auf eine baldige Überwindung der Teilung Europas.³ Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, mit dem die westliche Allianz die Stationierung neuer nuklearer Raketen in Westeuropa beschloss, wenn Verhandlungen mit der Sowjetunion scheitern sollten, die Invasion der Sowjetunion in das neutrale Afghanistan, die Wahl des Republikaners Ronald Reagan zum US-Präsidenten, die Krise um die polnische Gewerkschaft *Solidarność* und die schliesslich vollzogene Nachrüstung markieren einige Höhepunkte dieser multiplen Krise.⁴

¹ John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*, New York 1987.

² Siehe dazu Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011.

³ Ibid.; Leopoldo Nuti, Introduction, in: Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/ New York 2006, S. 1-8.

⁴ Vgl. überblicksartig Philipp Gassert, Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-*

Deshalb war es eigentlich nicht überraschend, dass die Frage von Krieg und Frieden zu einem der beherrschenden politischen Themen der europäischen sozialdemokratischen Parteien in diesem Jahrzehnt wurde. Dabei ging es nicht nur um das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR, das auf eine kriegerische Auseinandersetzung zuzusteuern schien, sondern auch um den atomaren Rüstungswettlauf, die moralische Legitimität der Abschreckung und die Frage, ob ein zigfacher nuklearer Overkill tatsächlich dazu geeignet war, einen Krieg und damit das mutmassliche Ende der Menschheit zu verhindern. In meinem Beitrag möchte ich diese Debatten näher betrachten. Mein Untersuchungsgegenstand sind die europäischen Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale (SI) in den achtziger Jahren. Ich werde mich auf zwei besonders prominente Exponenten konzentrieren, nämlich die deutschen Sozialdemokraten und die französischen Sozialisten. Während die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) von schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Frieden gezeichnet wurde und darüber die Regierungsverantwortung verlor, hielt der *Parti Socialiste* (PS) an seinen traditionellen sicherheitspolitischen Vorstellungen fest und konsolidierte während der Präsidentschaft François Mitterrands seine Vormachtstellung in Frankreich.⁵ Ich gliedere meinen Beitrag in drei Teile. Erstens werde ich die Auseinandersetzung mit der Friedensfrage beleuchten, zweitens die Wandlung etablierter verteidigungspolitischer Konzepte analysieren und drittens darstellen, wie diese Debatten die manichäische Blockkonfrontation transzendierten und mit weltgesellschaftlichen Ordnungskonzepten zu überwinden versuchten.

Die Auseinandersetzung mit der Friedensfrage

Die Bedeutung von Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung für das Selbstbild der europäischen Sozialdemokraten kann kaum überschätzt werden.⁶ Nicht erst seit der Implementation der Entspannungspolitik in den sechziger Jahren war es ihr Ziel, den

Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 175-202, hier S. 187-192; zur Friedensbewegung auch sehr anregend Bernhard Gotto, «Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 1-33; sowie die Beiträge des Sammelbandes Christoph Becker-Schaum [u.a.] (Hg.), „*Entrüstet Euch!*“ *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012.

⁵ Vgl. dazu Jan Hansen, «Making Sense of Détente. The German Social Democrats and the Peace Movement in the Early 1980s», in: *Zeitgeschichte* 40 (2013), S. 107-121; Katrin Rücker, «Les gauches française et allemande dans la ‚guerre froide‘ des euromissiles et la course au pacifisme: entre malentendu et ‚Sonderweg‘», in: *Revue d'histoire diplomatique* 117 (2003), S. 35-62; Bernd Rother, *Between East and West – Social Democracy as an Alternative to Communism and Capitalism: Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International*, in: Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/ New York 2006, S. 217-229.

⁶ Siehe dazu die Studie von Michael Longerich, *Die SPD als „Friedenspartei“ – mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959–1983*, Frankfurt a. M. 1990.

militärischen Konfliktaustrag aus den internationalen Beziehungen zurückzudrängen. In einer Erklärung der Sozialistischen Internationale aus dem Jahr 1977 wurde diese Prioritätensetzung mustergültig zum Ausdruck gebracht. Hier war zu lesen, dass nach sozialistischer Vorstellung nur im Frieden gesellschaftlicher Fortschritt realisierbar sei. Zur Entspannungspolitik gebe es deshalb keine Alternative. Die vielen Krisenherde in der Welt seien „ein dramatischer Beweis dafür, dass wir nicht unter zu viel, sondern [...] unter zu wenig Entspannung leiden“.⁷ In einer Zeit, in der jeder Krieg zum Untergang der Menschheit führen könne, werde „das Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung zum kategorischen Imperativ“.⁸ Das Ringen um den Abbau von Spannungen und der Versuch, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, gehörten im Selbstverständnis der Sozialistischen Internationale und ihrer europäischen Mitgliedsparteien in den achtziger Jahren also untrennbar zusammen.

Während die SPD die „Friedenssicherung“ in zahlreichen Deklarationen der achtziger Jahre als Prinzip ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik beschwor, warb auch der PS mit einem offensiv akzentuierten Friedensbegriff. So hiess es 1982, dass die französische Friedenspolitik auf der Überzeugung beruhe, dass die Verwandtschaft aller Menschen und Völker stärker sei als die Logik von Macht und Konkurrenz, und dass es möglich sein müsse, auf der Basis dieser Verbundenheit aller Menschen eine bessere, freiere und gerechtere Welt zu errichten.⁹ Zugleich kann man feststellen, dass der semantische Rekurs auf „Frieden“ bei SPD und PS in dem Masse zunahm, in dem die internationale Situation schlechter wurde. Die SPD sprach angesichts der Sprachlosigkeit zwischen den Grossmächten in den achtziger Jahren häufiger von „Friedenspolitik“ als von „Sicherheitspolitik“¹⁰ und bezeichnete sich selbst als „Friedenspartei“ oder sogar als „die eigentliche politische Friedensbewegung in unserem Land“.¹¹ Auch der PS warb mit der Selbstbezeichnung als „Friedenspartei“, wobei er jedoch stets betonte, dass der Friede in Europa nur bei einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit realisierbar sei.¹²

Daneben war für die europäischen Sozialdemokratien charakteristisch, dass ihre Protagonisten versuchten, durch den semantischen Rekurs auf friedenspolitische Traditionsbestände politische Legitimität zu erzeugen – gegenüber dem politischen Gegner, der ausserparlamentarischen Friedensbewegung und der eigenen Mitglied-

⁷ Willy Brandt, «Thesen zur Abrüstung. Vorgelegt vom Büro der Sozialistischen Internationale am 15. und 16. Oktober 1977 in Madrid», in: *Die Neue Gesellschaft* 24 (1977), S. 999-1001, hier S. 999-1000.

⁸ Ibid.

⁹ Siehe Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement. Texte adopté par le Bureau Exécutif du 25 Mai 1982, undatiert, S. 1. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 70 RI, 6.

¹⁰ Siehe als frühes Beispiel Alfons Pawelczyk, «Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik», in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), S. 41-46.

¹¹ Willy Brandt, Vorwort, in: Vorstand der SPD (Hg.), *Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981 (Forum Frieden)*, Bonn 1981, S. 3.

¹² Vgl. Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement, *op. cit.*, S. 1-3.

schaft. Der finnische Premierminister und prominente Sozialdemokrat Kalevi Sorsa erklärte 1979:

„Als sich die sozialistische Arbeiterbewegung vor mehr als 100 Jahren international organisierte, setzte sie sich als eines ihrer zentralen Ziele die Schaffung eines permanenten Friedenszustands. [...] Die traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege erschütterten nicht unsere Überzeugung, dass die Anwendung oder Drohung einer Anwendung von Gewalt als Instrument internationaler Politik unwiderruflich ausgeschlossen werden muss. Wir glauben, dass die Instrumente der Gewalt niedergerissen oder aber umgewandelt werden müssen, um der Wohlfahrt der Menschheit zu dienen.“¹³

Dieses Narrativ, das durch einen selektiven Rekurs auf die Geschichte ein wirkungsmächtiges Deutungsdispositiv erzeugte, in dem die Schaffung und Bewahrung des Friedens ureigenste Aufgabe der Arbeiterbewegung war, erfreute sich auch bei deutschen Sozialdemokraten einer grossen Beliebtheit. Insbesondere die SPD versuchte, ihre Politik durch die diskursive Aktualisierung friedenspolitischer Traditionsbestände zu legitimieren. So überschrieb die Parteizentrale eine offizielle Broschüre der SPD mit ‚Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981‘.¹⁴ Diese Veröffentlichung zeichnete das Bild einer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dem Frieden und dem Anti-Militarismus verbundenen Partei. Gerade die historisch in den Parteiprogrammen häufig anzutreffenden Rekurse auf Anti-Militarismus und Anti-Imperialismus, die sich bis in die Formierungsphase der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, waren in der Deutung vieler Sozialdemokraten historische Verpflichtung, an der Verständigung der Völker mitzuarbeiten.¹⁵ Die Konstruktion einer spezifischen friedenspolitischen Selbstdeutung war also ein wichtiges Legitimationsmuster in der SPD.

Gleichzeitig aber blieben diese historischen Anleihen nicht unwidersprochen. Dafür war verantwortlich, dass die Friedensdebatte ein für die SPD traditionell virulentes Spannungsfeld neu auflud. Neben der Bedeutung der Entspannung für das Selbstbild der Partei standen Traditionsstränge, in denen die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Allianz und ihre Mitwirkung an einer Strategie des Gleichgewichts und der Abschreckung wesentlich waren. Entscheidend für diese Traditionslinie waren das Godesberger Programm der SPD von 1959 und die Bundestagsrede Herbert Wehners aus dem Jahr 1960, die die aussenpolitischen Grundsätze der Partei im Hinblick auf die Anerkennung des westlichen

¹³ Kalevi Sorsa, «Sozialistische Internationale und Abrüstung», in: *Die Neue Gesellschaft* 26 (1979), S. 869-872, hier S. 869.

¹⁴ SPD-Parteivorstand (Hg.), *Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981*, Bonn 1981.

¹⁵ Siehe exemplarisch SPD-Parteivorstand (Hg.), *Bundesdelegierten-Konferenz und Ausserordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 19. November 1983 in Köln. Protokoll der Verhandlungen und Dokumentarischer Anhang*, Bonn [1983], S. 196-197.

Verteidigungsbündnisses veränderten.¹⁶ Die Ablehnung von Krieg war in diesem Traditionsstrang, wenn überhaupt vorhanden, deutlich schwächer akzentuiert und mit Einschränkungen versehen. Der wichtigste Exponent dieses Flügels war Bundeskanzler Helmut Schmidt, der eine Strategie von militärischem Gleichgewicht und Rüstungskontrolle gegenüber dem Warschauer Pakt verfolgte und 1983 die Stationierung neuer nuklearer Raketen befürwortete.¹⁷ In den frühen achtziger Jahren verhandelte die SPD die Friedensfrage deshalb im Spannungsfeld zwischen dem, was Teile der Partei als ihr historisches Erbe definierten, und dem, was während der sozial-liberalen Regierungszeit praktische Politik war.¹⁸

Ein Grund für die schwierige Situation, in der sich nicht nur die SPD, sondern auch zahlreiche andere europäische Sozialdemokratien befanden, war die Tatsache, dass sie innenpolitisch durch die Friedensbewegung unter Druck gesetzt wurden.¹⁹ Frei von politischen Sachzwängen und Rücksichtnahmen, konnten die ausserparlamentarisch Protestierenden die Forderung nach Abrüstung sehr viel vehementer artikulieren, als das Parteien möglich war. Dies betraf vor allem die SPD, deren Mitgliedschaft zu einem nicht unerheblichen Teil in der Friedensbewegung aktiv war und die Parteiführung sukzessive zu einer Revision ihres sicherheitspolitischen Kurses zwang.

Eine Konsequenz der Friedensdiskussion in den achtziger Jahren war, dass die traditionelle Gleichgewichts- und Abschreckungsphilosophie, die bis in die späten siebziger Jahre hinein in der Sozialistischen Internationale weitgehend unhinterfragt geblieben war, in eine schwere Legitimationskrise geriet. In der Wahrnehmung zahlreicher europäischer Sozialdemokraten galt sie nicht länger als eine Strategie, die den Krieg in Europa verhinderte, sondern den ungebrochenen Rüstungswettlauf und die Anhäufung nuklearer Waffenarsenale ursächlich bedingte. Oskar Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken und einer der wortmächtigsten Gegenspieler Helmut Schmidts in der SPD, schrieb in den ‚Blättern für deutsche und internationale Politik‘:

„Die 20 Jahre lang gehandelte Formel ‚Wir wollen Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau‘ hat sich als unbrauchbar erwiesen. Unter dem Dach dieser Formel sind die nuklearen Arsenale in den letzten 20 Jahren auf

¹⁶ Siehe SPD-Parteivorstand (Hg.), *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 [Godesberger Programm]*, Bonn [1959]; *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte*, III. Wahlperiode, 122. Sitzung, Bonn 30. Juni 1960, S. 7052-7061; dazu auch Christoph Meyer, *Herbert Wehner. Biographie*, München 2006, S. 231-236.

¹⁷ Vgl. Hartmut Soell, *Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung*, München 2008, S. 709-711.

¹⁸ Jan Hansen, «Zwischen Staat und Strasse. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983)», in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517-553, hier S. 517-518.

¹⁹ Vgl. Susanne Schregel, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985*, Frankfurt a. M. 2011; im Besonderen zum Verhältnis von Friedensbewegung und SPD siehe J. Hansen, *Making Sense of Détente*, *op. cit.*

unvorstellbare Grössenordnungen angewachsen. Diese Formel, auf die man sich ohne Mühe verständigen konnte, hat den Rüstungswettlauf nicht gestoppt, eher hat sie dazu beigetragen, ihn zu forcieren.²⁰

Das nukleare Gleichgewicht und die Abschreckung wurden quer durch Europa skeptisch hinterfragt. Eine Ausnahme waren die französischen Sozialisten, die an den traditionellen Prioritäten der französischen Sicherheitspolitik festhielten. Jacques Huntzinger, der internationale Sekretär des PS, schrieb Anfang 1983 in der Parteizeitschrift *„P.S. Aujourd’hui“*, es bleibe Grundsatz seiner Partei, dass die Sicherheit Europas nur bei einem Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau gewährleistet werden könnte.²¹ Er begründete diese Position mit der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen und nuklearen Mittelstreckenwaffen. Obwohl Frankreich seit Charles de Gaulle nicht mehr an der militärischen Integration der NATO teilnahm, hielten die Regierung unter François Mitterrand und der PS eindeutiger an den Prinzipien der westlichen Allianz fest, als dies die deutsche SPD tat.²² In diesem Sinne trafen innerhalb der Sozialistischen Internationale diametral entgegengesetzte Deutungsansprüche aufeinander. Sowohl der PS wie auch die SPD nahmen dabei für sich in Anspruch, dass nur ihre Politik dem Frieden diene.

Der Wandel etablierter Verteidigungskonzepte

Sieht man einmal von den französischen Sozialisten ab, machten sich die europäischen Sozialdemokraten in den frühen achtziger Jahren auf die Suche nach politischen Alternativen zu Gleichgewicht, Abschreckung und Rüstungswettlauf. Diese Diskussionen sind für die Fragestellung meines Beitrages von grösster Bedeutung. Zur treibenden Kraft des Nachdenkens über Alternativen entwickelte sich der schwedische Ministerpräsident Olof Palme und die von ihm geleitete „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“, die aus einem illustren Kreis prominenter *Elder Statesmen* bestand.²³ Es war der Abrüstungsspezialist der SPD Egon Bahr, der das aus der Kommissionsarbeit hervorgegangene, aber nicht unumstrittene Kon-

²⁰ Oskar Lafontaine, «Die Begriffe der heutigen Sicherheitspolitik stimmen nicht mehr. Über Null-Option, Gleichgewicht und die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen von Amerikanern und Europäern», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26 (1981), S. 1323-1327, hier S. 1325.

²¹ Jacques Huntzinger, «Paix, sécurité et désarmement», in: *P.S. Aujourd’hui*, 25. Januar 1983, S. 1.

²² Vgl. Ulrich Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011, S. 154-156.

²³ Siehe dazu Independent Commission on Disarmament and Security Issues (Hg.), *Common Security: a Blueprint for Survival. Report of the Independent Commission on Disarmament and Security Issues*, Ann Arbor (MI) 1982; einordnend Bernd Rother, *Common Security as a Way to Overcome the (Second) Cold War? Willy Brandt’s Strategy for Peace in the 1980s*, in: Frédéric Bozo [u.a.] (Hg.), *Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945–1990*, New York/ Oxford 2012, S. 239-252.

zept der „Gemeinsamen Sicherheit“ in Europa popularisierte.²⁴ Die zentrale Forderung von „Gemeinsamer Sicherheit“ war es, dass die Supermächte ihre Sicherheit nicht länger gegeneinander, sondern nur noch miteinander organisieren sollten. Bahr zielte auf die offiziöse NATO-Politik und bezeichnete die Doktrin der Abschreckung als eine „Übergangstheorie“, die durch „Gemeinsame Sicherheit“ abgelöst werden müsse:

„Mir scheint die Idee der Abschreckung eine Übergangstheorie zu sein. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls doch Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch liegt auch eine Gefahr. Man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden. Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Das nukleare Zeitalter verlangt die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit.“²⁵

Dieses Konzept verlangte also die Bereitschaft, den Gegner, da er durch nukleare Gewaltanwendung kaum mehr zu besiegen sei, nicht länger als Feind, sondern als Partner zu akzeptieren. Weil es keine Sicherheit vor dem Gegner, sondern nur noch Sicherheit mit ihm gebe, müssten die atomar bewaffneten Grossmächte ihre Sicherheit gemeinsam organisieren. Voraussetzung dieser Idee war, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Vertrauen in die Rationalität ihres jeweiligen Gegenübers entwickelten, in seine Zuverlässigkeit und seine Friedensbereitschaft. Solche Vorstellungen waren ein entscheidender Schritt weg von der traditionellen Kalten-Kriegs-Konfrontation. Europäische Sozialdemokraten verlangten von den USA, die Sowjetunion als Partner zu akzeptieren und gemeinsam nach Wegen zur Sicherung des Friedens zu suchen. Dies verhalf Theorien zum Durchbruch, nach denen Vertrauen als immaterielle Ressource zur handlungsleitenden Kategorie in den internationalen Beziehungen werden sollte.

Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ stiess bei den französischen Sozialisten aber auf entschiedene Gegenwehr.²⁶ Insbesondere François Mitterrand kritisierte diese Idee, da sie in seiner Wahrnehmung den Zusammenhalt und die Vertei-

²⁴ Siehe exemplarisch Egon Bahr, Zehn Thesen über Frieden und Abrüstung, in: Hans Apel, Egon Bahr, Rudolf Bahro (Hg.), *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*, Bonn 1981, S. 10-17.

²⁵ Egon Bahr, «Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit», in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 659-668, hier S. 660.

²⁶ Vgl. Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Paris 2005, S. 32-35.

digungsfähigkeit der westlichen Allianz bedrohte.²⁷ Die französische Perzeption eines Abgleitens der Deutschen aus dem sicherheitspolitischen Konsens der Allianz führte zu massiven Spannungen innerhalb der Sozialistischen Internationale. Denn sowohl die französische Regierung wie auch die sozialistische Partei hielten an der NATO und ihren verteidigungspolitischen Prämissen als Garanten für den Status quo in Europa fest.²⁸ Sofern die Teilung Deutschlands französische Ängste vor dem Nachbarn beruhigte, weckte das Erstarren der Friedensbewegung, die abrüstungsfreundlichen Positionen der SPD und anderer europäischer Sozialdemokratien sowie die Suche nach einem Übereinkommen mit der Sowjetunion unter dem Stichwort der „Gemeinsamen Sicherheit“ in Paris die Furcht vor einer Renaissance des deutschen Nationalismus.²⁹ Dieser Nationalismus, so die französische Wahrnehmung, wollte durch ein Arrangement mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung in einem neutralisierten Deutschland realisieren. Nach Jacques Huntzinger war nämlich nicht eigentlich ein nuklearer Krieg eine Bedrohung für Europa, sondern ein starkes Deutschland, das es zu verhindern galt.³⁰ So aktualisierte die Debatte um Krieg und Frieden in den achtziger Jahren alte französische Ängste vor dem deutschen Nachbarn. Die hier ihren Ausgang nehmenden Konflikte zwischen dem PS und der SPD dauerten noch Jahre an und belasteten das gegenseitige Verhältnis der Parteien schwer.³¹ Die Friedensfrage wirkte also, so kann man zusammenfassen, nicht etwa konsensfördernd auf die europäischen Sozialdemokratien, sondern beförderte den Austrag divergierender Positionen und die Aushandlung unterschiedlicher Deutungsansprüche.

Schlussfolgerungen: Das Ende der Blockkonfrontation in den Köpfen

Erstens: In der Verhandlung der Fragen von Krieg und Frieden kam in den achtziger Jahren ein neues Denken zum Vorschein, das die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes imaginierte. Zahlreiche europäische Sozialdemokraten artikulierten die

²⁷ François Mitterrand, «Ni Pershing, Ni SS 20: Le Désarmement. Intervention à l'Assemblée Nationale, le 20 Décembre 1979, à l'occasion de la motion de censure communiste sur l'installation de fusées Pershing en Europe», in: *Le Poing et la Rose. Special Responsables*, 20. Dezember 1979; ebenso François Mitterrand, «Une Politique Socialiste du Désarmement», in: *Défense nationale*, April 1980.

²⁸ Vgl. Georges-Henri Soutou, Mitläufer der Allianz? Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 363-376.

²⁹ Ministère des Affaires Étrangères de la France, Neutralisme et pacifisme dans l'Europe, 8. Mai 1981. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 70 RI, 21; Karl Kaiser, La RFA: Pacifisme, neutralisme et Anti-américanisme: Tentation passagère ou renaissance du nationalisme allemand? Groupe de travail sur la sécurité de l'Europe [Institut Français des relations internationales], 10. März 1982. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 405 RI, 15.

³⁰ Dazu auch Jean-Paul Picaper, «Allemagne: trois congrès sur les euromissiles», in: *Le Figaro*, 19. November 1983.

³¹ Vgl. dazu grundlegend K. Rücker, *Les Gauches*, *op. cit.*

Forderung, dass im nuklearen Zeitalter der von beiden Supermächten erhobene Anspruch auf ideologische Allgemeingültigkeit aufgegeben werden müsse. Derartige Äusserungen signalisierten nichts weniger als ein neuartiges Unbehagen gegenüber den traditionellen Perzeptionsmustern der Ost-West-Konfrontation. Egon Bahr argumentierte, dass die Realisierung divergierender Gesellschaftssysteme und Ideologien der Erhaltung des Friedens untergeordnet werden müsse. Kein politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Ziel könne erreicht werden, wenn es Frieden nicht gebe. Deshalb zielte die Kritik an der gegenwärtigen Politik der NATO, an Gleichgewicht und Rüstungswettlauf auf die Prämissen des Kalten Krieges an sich. Der Gegensatz zwischen West und Ost, Demokratie und Kommunismus, Freiheit und Unterdrückung war im Zeichen der nuklearen Bedrohung für viele europäische Sozialdemokraten nicht länger die primäre Streitfrage. Und in der Tat lässt sich die Kontroverse um Krieg und Frieden in den achtziger Jahren auch als Indikator dafür lesen, dass der Kalte Krieg in den Köpfen vieler Menschen längst nicht mehr aktuell war. Für die als neu wahrgenommenen „grossen Probleme“ und „Herausforderungen“ lieferte das System des Kalten Krieges keinen Referenz- und Orientierungsrahmen mehr. Im Gegenteil, der Kalte Krieg war selbst zum Problem geworden.³²

Zweitens: In der sozialdemokratischen Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden wurden traditionelle Vorstellungen von Europa und der Welt neu ausgehandelt. Wie die Sozialistische Internationale in einer Erklärung formulierte, war die Atombombe eine globale Bedrohung, der niemand entrinnen konnte. Deshalb verlor in den achtziger Jahren für viele europäische Sozialdemokraten die Idee des souveränen Staates an Überzeugungskraft. Einer globalen Bedrohung, so die Argumentation, könne nur mit internationalistischen Ansätzen begegnet werden. Gerade der SI-Vorsitzende Willy Brandt skizzierte als Ausweg aus der Konfrontation mit Problemlagen, von denen die ganze Menschheit betroffen war, ein Mehr an Interdependenz und Zusammenarbeit. Brandts Antwort auf die Herausforderung einer globalen Risikogemeinschaft war nicht der Rückzug auf nationalstaatliches Handeln, sondern die Intensivierung von supranationaler und internationaler Kooperation. Die hier ihren Ausgang nehmenden weltgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen, die für die achtziger Jahre charakteristisch waren, transzendierten den nationalen Raum vor dem Hintergrund ubiquitärer Unsicherheitswahrnehmungen.³³

Ich fasse meine Argumentation zusammen. Die Friedensfrage beschäftigte die europäischen Sozialdemokratien in den achtziger Jahren so intensiv wie lange nicht mehr. Die Ursache dafür waren die sich verschärfende Ost-West-Konfrontation, der sich beschleunigende Rüstungswettlauf und die Perspektive eines nuklearen Krieges in Europa. Die Parteien der Sozialistischen Internationale waren sich jedoch höchst uneinig, wie auf diese Gefahren zu reagieren sei. Während die französischen Sozialisten an den Prinzipien der traditionellen Sicherheitspolitik festhielten, gerieten das Gleichgewichtsdenken, die Abschreckungsdoktrin und die Rüstungskontrollidee in

³² Vgl. J. Hansen, *Zwischen Staat und Strasse*, *op. cit.*, S. 543.

³³ Vgl. *Ibid.*, S. 545-547.

der deutschen Sozialdemokratie in eine elementare Legitimationskrise. Vor allem das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, das Vertrauen als Ressource in den internationalen Beziehungen zu etablieren versuchte, stiess in Paris auf vehemente Ablehnung. Trotz aller Gegensätze blieb der semantische Bezug auf Frieden in den achtziger Jahren ein wichtiges Erkennungszeichen sozialdemokratischer Debatten. Denn der Rekurs auf historische Traditionsbestände sollte Legitimität in unterschiedlichen nationalen Kontexten stiften. Wie ich abschliessend thesenartig skizziert habe, verhalf die Friedensfrage in einer langfristigen Perspektive Deutungsansprüchen zum Durchbruch, die die Überwindung des Kalten Krieges in weltgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen imaginierten.

Dr. des. Jan Hansen: Post-Doc am Lehrstuhl für die Geschichte Westeuropa und der transatlantischen Beziehungen der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte von alten und neuen sozialen Bewegungen (insbesondere Sozialdemokratie und Friedensbewegung), Wissensgeschichte im digitalen Zeitalter. Wichtigste Veröffentlichungen: „Making Sense of Détente. German Social Democrats and Peace Activists in the early 1980s“, in: *Zeitgeschichte* 40 (2013), S. 107-121; „Zwischen Staat und Strasse. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983)“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517-553; „Parteien“, in: Christoph Becker-Schaum, Philipp Gassert, Martin Klimke, Wilfried Mausbach, Marianne Zepp (Hg.), *„Entrüstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung* (Schöningh, Paderborn 2012), S. 103-117.

Kontakt: jan.hansen@gmx.info